

Liechtensteiner Volksblatt

AZ - FL-9494 Schaan, Samstag, 14. Dezember 1974

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

Mit den amtlichen Publikationen

107. Jahrgang - Nr. 187

Volksabstimmung über Sparprogramm!

Regierung beantragt Kürzung des Finanzausgleichs um 1,5 Millionen Franken

In einer ausserordentlichen Sitzung verabschiedete die Fürstliche Regierung gestern Freitag einen Gesetzesentwurf an den Landtag, der eine vorläufige Reduktion der mittels Finanzausgleich an die Gemeinden ausgeschütteten Steuermittel um 1,5 Millionen Franken vorsieht, das sind 2,7 (Zweikommasieben) Prozent weniger als die gesamten Finanzleistungen des

Staates an die Gemeinden im Jahre 1975. Die endgültige Entscheidung über diese Reduktion und eine Neuordnung des Finanzausgleichs und des Subventionswesens, soll gemäss Regierungsvorlage jedoch dem Volk vorbehalten bleiben.

Auf der Basis dieser Rechnung fliessen den Gemeinden im Jahre 1975 durch Steueranteile, Subventionen und andere Beiträge zwi-

70 Millionen Franken zu. Umgelegt auf die Einwohner des Landes dürfte sich die Kürzung auf rund 68 Franken pro Einwohner im Jahr belaufen. Genaue Zahlen sind von einer Pressekonferenz zu erwarten, welche die Regierung für heute Samstagvormittag zur Frage des Landesvoranschlages 1975 angesetzt hat.

In ihrer Mitteilung von gestern

Freitag unterstreicht die Fürstliche Regierung, dass die Kürzung der Finanzmittel an die Gemeinden zum Zwecke der Herstellung eines ausgeglichenen Budgets für das Jahr 1975 beantragt wird. Das Gesetz, über welches das Volk endgültig entscheiden wird, soll bis zum 31. Dezember 1975 in Kraft bleiben. Aus der Pressemitteilung ist vor allem auch zu entnehmen, dass die

Regierung ein ausgeglichenes Budget anstrebt, wie es angesichts der inflationären Entwicklung von vielen Mitbürgern gefordert wird. Dass die letzte Entscheidung über Reduktionen der Steuermittel, welche den Gemeinden zufließen, beim Bürger selbst liegen soll, erscheint vor allem deshalb sinnvoll, weil die Neugestaltung des Finanzausgleichs im Frühjahr 1970 ebenfalls durch Volksabstimmung beschlossen wurde.

Die aktuelle Frage

Brauchen wir ein ausgeglichenes Budget?

Am kommenden Donnerstag wird sich der Landtag mit dem Vorschlag für das Finanz-Haushaltsjahr 1975 befassen. Wir wissen aus den Rechnungen der letzten Jahre und aus den verschiedenen Finanzdebatten der letzten Monate, dass die Ausgaben auch in unserem Lande schneller gestiegen sind, als die Einnahmen. Allein für dauernde, finanzielle Verpflichtungen wie das Schulwesen, wie die Staatsbeiträge an die Sozialversicherungen (AHV, IV, Krankenkassen), wie die Defizitbeiträge an die Vertragskrankenhäuser der Region, wie die laufenden Ausgaben für das Subventionswesen an die Gemeinden sind in die Dutzende von Millionen Franken angewachsen und haben auch bei uns eine inflationäre und defizitäre Entwicklung der Landesfinanzen begünstigt. Was soll nun geschehen? Sollen wir resignieren und mit Blick auf unsere (wesentlich stärkeren und wirtschaftlich autonomen) Nachbarländer mit dem Defizit leben? Oder sollen wir uns wenn immer möglich um eine ausgeglichene Rechnung bemühen, die mit einem ausgeglichenen Budget beginnt? Wenn wir ein ausgeglichenes Budget befürworten, müssen wir uns aber gleichzeitig fragen, wie wir das angestrebte Ziel erreichen? Wo können wir Streichungen in unserem Finanzhaushalt vornehmen, welche Einnahmequellen des Staates könnten noch verbessert werden? Mit diesen Fragen wird sich die Volksvertretung am Donnerstag auseinandersetzen müssen. Wie aber beurteilt der Bürger die Situation? Wir haben im Hinblick auf die kommende Budgetdebatte einige Mitbürger um ihre Ansicht über den liechtensteinischen Staatshaushalt befragt. Die Auswahl der Interviews erfolgte nicht nach einem bestimmten Schema und kann deshalb auch nicht als repräsentativ betrachtet werden. Trotzdem war es interessant zu hören, was der eine oder andere Mitbürger verschiedenen Alters und Standes zu den öffentlichen Finanzen meinte. Wir verweisen auf unseren Beitrag in der heutigen Ausgabe (Seite 3).

Wirtschaftsprognosen für das Jahr 1975

Düstere Aussichten im Bauhauptgewerbe - Weniger grosse Sorgen in der Industrie

Am 31. August 1974 registrierte die Fremdenpolizei 16 Prozent weniger ausländische Saisonarbeiter im Baugewerbe als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Im gleichen Jahrgang die Zahl der erteilten Baubewilligungen um rund 20 Prozent zurück. Nachdem die Industrie in den letzten Jahren grosse Investitionen auf dem Bausektor getätigt hat, ist

auch von dieser Seite mit einem Auftragsrückgang für das liechtensteinische Bauhauptgewerbe zu rechnen. — Diese nicht gerade ermutigenden Prognosen sind einem Vortrag von Gewerbesekretär lic. oec. Gerhard Biedermann vor dem Rotary Club Liechtenstein entnommen. Zusammen mit dem Sekretär der Liechtensteinischen Industrie-

kammer, Herbert Kindler, referierte der Gewerbesekretär über die wirtschaftlichen Aussichten für das Jahr 1975. Im Gegensatz zum Bauhauptgewerbe herrscht bei der Industrie «gedämpfter Optimismus», wie er auch in einer Pressekonferenz mit Dipl. Ing. Martin Hilti auf Seite 2 der heutigen Ausgabe zum Ausdruck kommt. — Den beiden

Vorträgen im Rotary-Club werden wir in der kommenden Woche gesonderte Beiträge widmen.

● Unsere Aufnahme zeigt das neue Verwaltungsgebäude der Hilti AG in Schaan, welches zusammen mit dem Verwaltungsneubau der Balzers AG zu den bedeutendsten Hochbauvorhaben der Industrie im laufenden Jahr zählt. (Bild: X. J.)

HILFE...

riefen unser Abschlussredaktor und der Chefmetteur gestern kurz vor Mittag im Chor, als sie die unvorhergesehene Flut von Inserat-aufträgen und Textbeiträgen bemerkten, die noch am Vormittag eingegangen waren und unsere ganze Disposition für das Wochenende über den Haufen warfen. Um doch noch einigermaßen durchzukommen mussten wir verschiedene Berichte und Inserate auf die nächste Ausgabe zurückstellen. Wir bitten unsere verehrten Leserinnen und Leser um Verständnis und wünschen ein gutes Wochenende.

Ihr «Volksblatt»

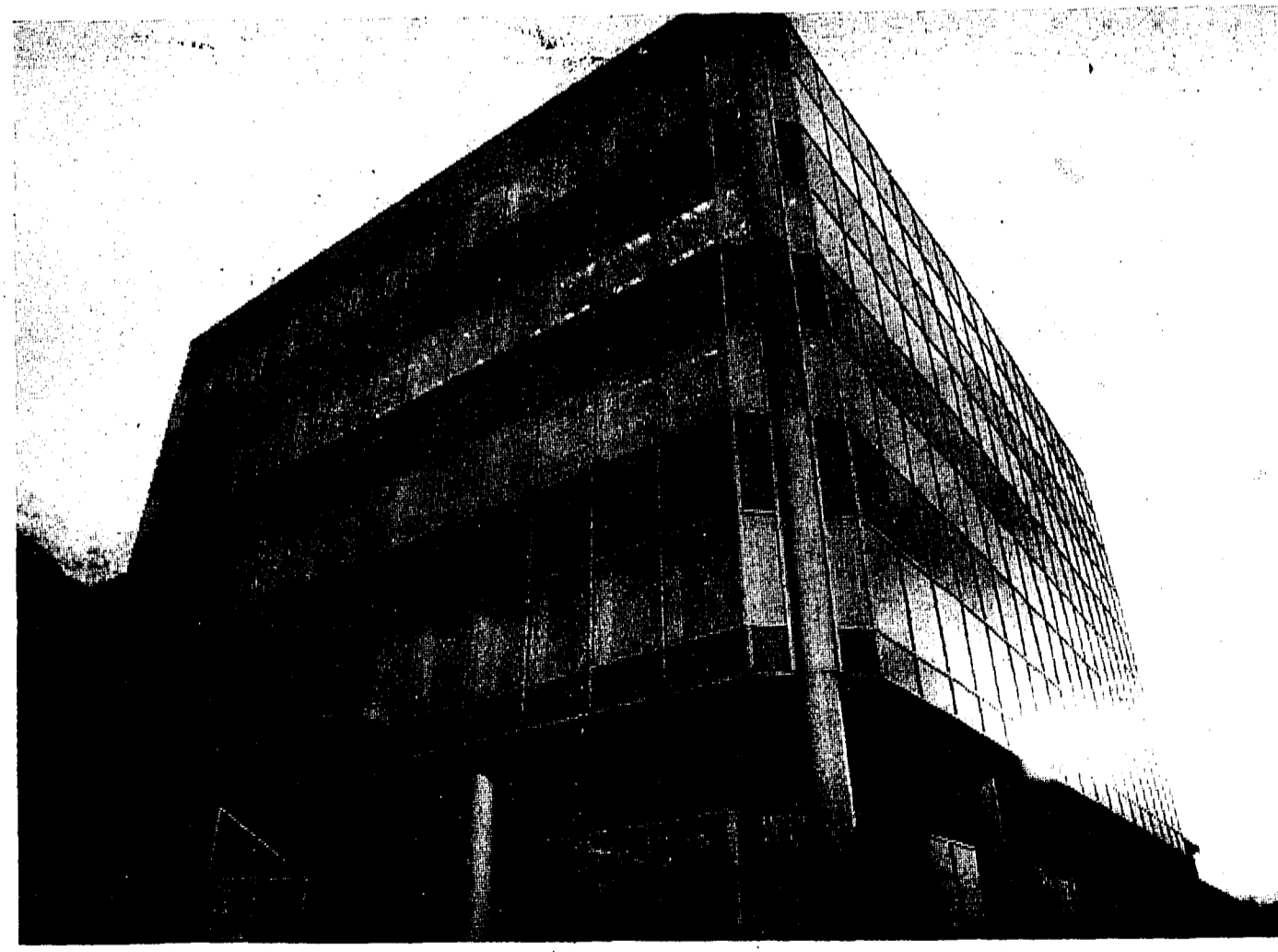
Generalkonsulat
Osterreich wertet Vaduzer Vertretung auf (Seite 4)

Von Balzac bis Zuckmayer
Weihnachts-Büchermarkt bei Kraus-Thomson (Seite 2)

Geschenkideen
Weihnachtsangebote des einheimischen Handels (Selten 18—26)

Unterhaltung/Rätsel
(Seite 9)

Sport am Wochenende
(Seite 5)



Eltern und Kinder können sich freuen

Osterferien-Termine wurden neu geregelt

Entgegen der ursprünglichen Ferienordnung werden die liechtensteinischen Schulkinder im nächsten Jahr nach Ostern nicht mehr für 10 Tage in die Schule zurückkehren müssen. Die Osterferien wurden nun mit dem Ende des Schuljahres zusammengelegt und beginnen bereits am Mittwoch, den 26. März. Sie enden mit dem Anfang des neuen Schuljahres, am 21. April.

Die ursprüngliche Ferienordnung sah die Osterferien für die Zeit vom 11. bis zum 28. April vor. Dies hätte zur Folge gehabt, dass die Schulin-

der nach den fünf freien Tagen über Ostern, noch einmal für 10 Tage in die Schule hätten zurückkehren müssen. Diese von vielen Seiten kritisierte Ferienplanung war eine Folge des Gesetzes, welches 40 Schulwochen im Jahr vorschreibt. Aufgrund der Feiertagstermine dieses Jahres sah man zunächst keine Möglichkeit, die vorgeschriebenen Schulwochen anders als durch eine Verlängerung über die Osterzeit hinaus einzuholen.

● Dass wir jetzt doch eine vernünftige Lösung gefunden haben, verdanken wir einerseits einer An-

regung aus dem Schulrat und andererseits der erfreulichen Flexibilität des Schulamtes und der Regierung.

Unter Berücksichtigung der unerwünschten Ferientermine wurde das Schulgesetz für dieses Jahr sehr liberal interpretiert. Aufgrund des früheren Ferienbeginns verlieren unsere Schüler eine Unterrichtswoche. Um dem Gesetz doch noch Genüge zu tun, wird das neue Schuljahr 1975/76 um eine Woche verlängert und beginnt somit schon am 21., anstatt wie vorgesehen erst am 28. April.

UNSERE BANK FÜR ALLE

Verwaltungs- und Privat-Bank Aktiengesellschaft 9480 Vaduz

Holzfenster

Ferdinand Frick AG

Bau- und Möbelfabrikanten 9480 Schaan, Liechtenstein Telefon 075 2 6 3 8